

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, N. 16, Holbeinstr. 46

Verlagsnummer 21308  
Postamt: Leipzig Nr. 14707

# Sächsische Volkszeitung

Wohnort: Dresden, N. 16, Holbeinstr. 46  
Preis: 1.40 M. im Voraus, 1.50 M. monatlich, 1.80 M. vierteljährlich, 6.00 M. jährlich  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Verantwortl. der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Wohnort: Dresden, N. 16, Holbeinstr. 46  
Preis: 1.40 M. im Voraus, 1.50 M. monatlich, 1.80 M. vierteljährlich, 6.00 M. jährlich  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Verantwortl. der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

## Die Reichsgerichtsentscheidung über den Religionsunterricht

### Reichsrecht bricht Landesrecht

Leipzig, 20. Nov. (Eig. Drahtber. d. Sächs. Volksz.)  
In dem Streit zwischen der Reichsregierung und dem Freistaat Sachsen über die Frage der Verteilung des Religionsunterrichts an den Volksschulen ist die Entscheidung des Reichsgerichts dahin ergangen,

daß die Bestimmung des sächs. Ubergangsgesetzes vom 22. Juli 1919, wonach vom 1. April 1920 ab in den staatlichen Volksschulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden soll, mit den Vorschriften der Reichsverfassung im Widerspruch steht.

Das Reichsgericht stützt diese Entscheidung auf die Vorschrift des Art. 149 der Reichsverfassung, daß der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekennnisfreien Schulen ist. Volksschulen seien nach Art. 146, Abs. 2, nur in den dort behandelten Ausnahmefällen als bekennnisfreie Schulen zugelassen; in ihnen müsse daher grundsätzlich Religionsunterricht erteilt werden. Die Bestimmung des Art. 174, daß es bis zum Erlaß des in Art. 146, Abs. 2, vorgesehenen Reichsgesetzes bei der bestehenden Rechtslage verbleiben soll, beziehe sich nach Wortlaut, Zusammenhang und Entstehungsgeschichte nur auf Art. 146, Abs. 2, ordne also das einstweilige Fortbestehen nur solcher bekennnisfreien Volksschulen an, die auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften neben der für die Volksschule vorgeschriebenen Regelform der Gemeinschaftsschule mit Religionsunterricht in den einzelnen Gemeinden als besondere Ausnahmeformen beim Inkrafttreten der Reichsverfassung bestanden hätten. Wo der Religionsunterricht aus den Volksschulen grundsätzlich entfernt sei, handele es sich nicht um eine unter Art. 174 fallende Rechtslage. Im übrigen sei am Tage des Inkrafttretens der Reichsverfassung die in Sachsen bestehende Rechtslage die gewesen, daß Religionsunterricht in den Volksschulen erteilt werden mußte. Da Art. 174 die Fortdauer der bestehenden Rechtslage vorschreibe, sei damit die Bestimmung des sächs. Ubergangsgesetzes, nach der für die Zeit vom 1. April 1920 an eine Aenderung dieser Rechtslage habe eintreten sollen, außer Kraft gesetzt worden.

In gleicher Weise hat das Reichsgericht auch die Verordnungen der Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg und Bremen, durch die der Wegfall des Religionsunterrichts in allen staatlichen Schulen vom Januar 1919 ab angeordnet worden ist, als mit der Reichsverfassung unvereinbar erklärt.

Da nach Art. 13 der Reichsverfassung Reichsrecht Landesrecht bricht, so steht durch die mit Gesetzeskraft ausgestatteten Entscheidungen des Reichsgerichts endgültig fest, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen in Sachsen, Hamburg und Bremen über die gänzliche Abschaffung des Religionsunterrichts mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung ihre Wirksamkeit verloren haben, und daß nunmehr in diesen Ländern der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen gemäß Art. 149 der Reichsverfassung eingeführt oder aufrechterhalten werden muß.

### Drei Siege

Von Reichsanwalt Dr. Hille, Dresden, Landesvorsitzender der Zentrumspartei.

Im Laufe der politischen Kämpfe scheitern manche Leute die Fähigkeit zur ruhigen Beobachtung verloren zu haben, denn sonst wären und wohl nicht im Laufe des Wahlkampfes so oft mittelbare und unmittelbare Opfer begeben, die jedesmal, nach dem Gewinne ihres Schicksals fragen, inwiefern denn das Zentrum eine Sonderrolle aufgestellt hätte; bei der geringen Bedeutung der Partei sei doch jeder Wahlkampf ausföhrlos und schädliche nur das Wahlergebnis der anderen kargerlichen Parteien. Wenn wir jetzt den Stimmen wieder entgegen, werden wir auf ihre unumwundenen Gesichter sehen, denn ihre Ansicht ist, was den Wahlkampf anlangt, in so entscheidender Weise mitbestimmt, daß sie wohl eine gewisse Beschämung empfinden dürften, in der Öffentlichkeit die Zentrumspartei als un-

fähig zu erscheinen. Wir waren nicht Propheten, wir haben nicht davon gesprochen, daß der Sieg unfehlbar sicher sei. Wir haben nur in allerhöchster Ueberzeugung die Möglichkeit des Sieges festgesetzt und das Ziel fest im Auge behalten, und der Sieg wurde erreicht.

Doch noch in anderer Hinsicht haben die Gegner bei ihrem Wille die Unterkenntnis an den Tag gelegt. Es ist nicht richtig, von der geringen Bedeutung der Zentrumspartei in Sachsen zu sprechen. Es braucht nicht nochmals besonders betont zu werden, wie gewaltig die ziffermäßigen Fortschritte unserer Partei gewesen sind nach der Revolution im Vergleich zu der Stimmenzahl der früheren Reichstagswahlen. Es braucht auch nicht noch einmal herbeigehoben zu werden, mit welcher Gründlichkeit wir unser Ortsgruppenwesen ausbauen, so daß am Tage nach der Wahl der „Dresdner Anzeiger“, der doch gewiß dem Zentrum nicht sonderlich grün ist, von der gut disziplinierten Partei sprach: Wir haben bereits im Juni 1920 einen Wahlsieg errungen und schon damals also das Gerücht widerlegt, daß eine Sonderliste des Zentrums notwendig sei, oder daß, wie man sich so schön ausdrückt, die Zentrumstimmen in den Papierkorb fallen würden. Es ist nicht genügend betont worden und nicht genügend in die Öffentlichkeit gedrungen, daß ohne die sächsischen Zentrumstimmen der letzte Kandidat der Reichstagsliste des Zentrums nicht gewählt worden wäre. Die sächsischen Zentrumstimmen sind es gewesen, die den Ausschlag gaben, und somit hat das Zentrum in Sachsen im Juni dieses Jahres bereits einen Wahlsieg errungen.

Nur auch in praktischer Hinsicht ist das Zentrum in Sachsen mit hervorragenden Erfolgen tätig gewesen. Selbstverständlich wurde die im Wahlkampf von unseren Gegnern nach Möglichkeit vorgenommene und insbesondere die Partei, welche sich mit so viel Lärm als Schutzherrin der Kirche in Sachsen, der protestantischen wie der katholischen, erwirkte, hat die Lasten schlechthin übertragen, daß die nach ihrer Ansicht so bedeutungslose Zentrumspartei die einzige Partei ist, die einen praktischen Erfolg auf dem Gebiete der Schulpolitik in Sachsen aufzuweisen hat. In Plauen haben es uns und die Gegner des Christentums wahrhaftig schwer gemacht, die christliche Schule zu erhalten, und es sei hier ausdrücklich hervorzuheben, von deutscher Seite ist nichts geschehen, die Katholiken in diesem Kampf um die Schule zu stärken und zu stützen. Zum Glück des Schulstreites mußte gegriffen werden, und monatelang mußten 90 Prozent der katholischen Kinder dem Schulunterricht ferngehalten werden, um endlich dem Willen der Regierung und des Stadtrates zu erliegen und bis zum Erlaß des Reichsgesetzes der Reichsverfassung Aktus zu verschaffen. Wären wir von anderen unterstützt worden, so würde vielleicht der Erfolg ein noch vollkommener gewesen sein. So mußten wir uns mit einem Kompromiß begnügen, aber mit einem Kompromiß, welches wenigstens bis zum Erlaß des Reichsgesetzes die konfessionellen Schulen in Plauen und damit in Sachsen sichergestellt hat. Eine Partei, die keine Bedeutung hat, kann solche Erfolge nicht erzielen. Die Zahl ihrer Feinde ist groß, und wenn man danach ihre Erfolge bemessen kann, so ist ihre Bedeutung eine erwiesene Tatsache.

Der letzte Sieg, der Wahlsieg vom 14. November, ist so offensichtlich, daß kein Gegner daran mit geschlossenen Augen vorbeigehen kann. Nun ist endlich dem Wahlsiege ein Ende gemacht. Nun ist der klare Beweis geführt, daß trotz aller Anfeindungen die Zentrumspartei in Sachsen siegreich vorwärts dringt. Nun heißt es weiter arbeiten und nicht locker lassen. Keine überstürzten Maßnahmen, sondern das stetige gleichmäßige Weiterarbeiten verbürgt den Erfolg und wenn das Ergebnis der Wahl an manchen Orten, zum Beispiel in Dresden, noch viel zu wünschen übrig läßt und beweist, daß die Parteidisziplin noch lange nicht in unseren Reihen zum dauernden Besitz geworden ist, so müssen unsere Freunde doch aus dem Erfolge neuen Mut schöpfen und auch denen unermessliche Vertrauen zur Zentrumspartei beibringen, die diesmal nicht Zentrum gewählt haben aus Angst, ihre Stimme könnte in den Papierkorb fallen.

Dank sei all denen geschuldet, welche in ungelieblicher Weise ihre Kräfte in Wählkreisen, Ausschüssen und organisatorischen Arbeiten der Partei zur Verfügung stellen. Dank sei insbesondere auch denen ausgesprochen, welche durch unabhingige Arbeit auch in den Kreisen unserer protestantischen Landstände die Ueberzeugung zu verbreiten wußten, daß das Zentrum die christliche Partei ist, die Partei, welche ohne konfessionelle Sonderinteressen nur dem christlichen Gedanken in der Politik treu ist und verteidigt, den Gedanken, der allein in der Lage ist, die tiefen Kräfte, welche unser Volk zerfallen haben, zu überbrücken, das tiefste Leid, welches unser Volk zu tragen hat, zu erleichtern, die „leie Not“, in der unser Volk schmachtet, wenn auch langsam, aber sicher zu lindern und zu beseitigen.

Zentrumswahl! Der Sieg ist errungen! Zum ersten Male sind wir heraus unter eigenem Namen am Wohle des Vaterlandes im Landtage mitzuarbeiten. Wir werden im Landtage keine Zentrumspolitik treiben und sind überzeugt, daß das Beispiel, welches wir geben, wirken wird auf unser ganzes Volk. Der erste Sieg wird nicht der letzte sein. Stetig wachsen muß die Partei. Das ist unsere Sorge für die Zukunft. Das ist auch eure Dankeschuld, die ihr all denen abzustatten habt, die diesmal den Sieg erringen halfen.

### Die neuen Erfolge der Bolschewisten

Von unserem außerpolitischen Mitarbeiter.

Es ist ein Rätsel, ein unbegreifliches Rätsel, wie der russische Bolschewismus ist, trotz seiner von seinen Anhängern und Führern nicht so häufig ausgesprochenen Unmöglichkeit seiner äußeren Feinde bisher so frohlocken zu erröthen wußte. Die neuen Erfolge der Bolschewisten gegen die Armeen des Generals Wrangel verstärken die Macht dieses Rätsels nur noch mehr. Die Bolschewisten sind in die Armeen einströmten, haben Sebastopol genommen, errichteten überall ihre bolschewistischen Sowjets und haben bereits vor der ostgalizischen Grenze General Wrangel in aus Sebastopol gelassen und steht unter Entenschein in Konstantinopel. Ein großes, lächerliches Bild erhebt in einer schweren Tragik.

Nun ist auch die Entente, deren Interessen General Wrangel mit seinem Heere wahrnahm, wohl einig darüber, daß der Bolschewismus mit Waffengewalt nicht niederzuerzwingen werden kann. Die englischen Mächte sprechen das mit besonderem Nachdruck aus, wie in der französischen Presse auch fast noch Stimmung dafür zu machen gesucht wird, den Bolschewisten militärisch zu Hilfe zu rufen. Die Engländer wissen sehr wohl, daß es nicht mehr lohnt, in der russischen Welt noch weitere militärische Mittel hereinzulassen. England wird sich damit abfinden müssen, den Bolschewisten, den Bolschewisten nach dem russischen Vordringen gegen Polen, Nord Georgien, Armenien und der dahin geht, einen verhängnisvollen Ausbruch auch mit Sowjetrußland zu haben, wider aufzunehmen und seiner Durchföhrung eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Niederlage Wrangels bedeutet nichts anderes als eine Niederlage der Entente und insbesondere ihrer sogenannten Landstammespolitik. Das Rätsel, von dem wir ein wenig die Ausführung sprechen, das durch die enorme und selbst von Kennern Rußlands für unmöglich gehaltene Ueberhandnahme der Bolschewisten aufsticht, läßt sich nur durch die Tatsache erklären, daß auch der russische Bauer, und fast selbst, das bolschewistische System von heute anzunehmen und zu verteidigen geneigt ist. Hier sehen wir die Reaktion gegenüber dem Justiz unter dem Parlament. Damals waren die Bauern die Pracht. Heute sind sie auf Grund einer geschickten Agitation der Bolschewisten Herren ihrer Güter und Ländereien, die von den großen Grundbesitzern und unter die kleinen aufgeteilt wurden. Der russische Bauer ist im allgemeinen auf dem Bolschewismus und dem Sowjetismus einverstanden und nicht den Wunsch nach einer Ueberwindung des bisherigen Zustandes, in ihm aufkommen zu lassen. Das Rätsel hat natürlich vor nicht mehr Angst, als daß ein neuer Krieg und Terror über ihn die Kunde schwingt, daß er abermals zum Erwerb verschiedener Gebiete werden soll. Kennen der russischen Verhältnisse bezeichnen die bolschewistische Bewegung in der Auslandspresse zurechtendenden Meinungen von Bauernrevolten im Rücken des bolschewistischen Heeres als Unfug. Wären sie wirklich erfolgt, dann wäre der Vormarsch der Bolschewisten gerade in den fast ausschließlich agrarischen Gebieten unmöglich gewesen. Man muß sich nicht mit dem Gedanken abfinden, daß das russische Bauernvolk in seiner heutigen Verfassung eine Stütze des Sowjetregimes bedeutet. Es wäre auch noch wirklich nicht zu erklären, daß bei einer Bevölkerung von 170 Millionen Menschen, von denen angeblich etwa 13 Millionen dem bolschewistischen System anhängende Personen zum Bolschewismus sich angeschlossen haben, durch eine derartige politische Ordnung in Schach gehalten werden könnten. Die Dinge in Rußland können sich erst ändern, wenn das russische Bauernvolk reformiert, und auch das wird erst möglich sein, wenn der russische Bauer eine gewisse staatsbürgerliche Rolle erlangt hat. Damit werden wir uns abfinden müssen. Die Entscheidung in Rußland wird, ob das nur in einem oder in zwei Jahren oder in einem oder zwei Jahrzehnten der Fall ist, dahin sich hinstellen, daß das russische Bauernvolk wieder zu dem Ursprünge, aus dem es hervorgegangen ist, zurückkehrt: zur Bauerndemokratie. Das russische Gebiet ist nach wie vor eine einzige große Einheit. Und diesen unvereinbaren Charakter Rußlands verkennt zu haben, ist der tiefere Grund für die heftigen Mißstöße der Entente.

### Der Reichstag zum Staatsgerichtshof

Berlin, 20. November.

Die außerordentlich langwierigen und ermüdenden Kommissionsverhandlungen haben es auf dem Gewissen, daß die Vollerklärungen des Reichstages eine geradezu peinlich schlechte Wirkung aufweisen. Das wirkt um so empfindlicher, je gewichtiger die zur Beratung stehenden Probleme sind. War schon in der Domestikation gekennntlich der Kartoffelinteraktion teilweise kaum ein halbes Dutzend von Abgeordneten im Saale, so trat auch die Vertretung der Ernährungsphysiologie, obwohl es sich um einen so bedeutsamen Gegenstand wie die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes handelte. Inwiefern sie über eine Stunde